

Editorial



Die WM ist vorbei. Es sind Ferien auch in der Politik. Das Sommerloch für die Medien ist da – aber wir bleiben am Ball, denn es gibt ein politisches Leben nach der WM. **Die Volksinitiative gegen den Verkauf der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft**

LEG ist zum Ferienbeginn gestartet worden. Wir möchten unseren LeserInnen diese Initiative ans Herz legen und Sie/Euch darum bitten, zu unterschreiben und bei der ein oder anderen Gelegenheit Unterschriften zu sammeln, um diesem Ausverkauf der Reste des sozialen Wohnungsbaus in NRW entgegenzuwirken.

Die große Koalition hat die WM genutzt, um jede Menge Merkel-Murks auf den Weg zu bringen. **Mehrwertsteuererhöhung und Gesundheitsreform** sind zutiefst unsozial. Die Gesundheitsreform ist ein Versager. Gemessen an den selbstgesteckten Zielen ist die große Koalition blamabel gescheitert. Statt wie versprochen die Lohnnebenkosten zu senken, würden diese nun durch die beschlossene Erhöhung der Kassenbeiträge ansteigen. Die Abhängigkeit vom Faktor Arbeit steigt. Dagegen bleiben die „Großen“ ungeschoren. Die Privilegien derer, die am Gesundheitssystem verdienen, wurden nicht ange-

tastet. Es bleibt bei der Dominanz der Kollektivverträge zwischen Kassen und Kassenärztlichen Vereinigungen. Auch die Doppelstruktur der ambulanten und stationären Versorgung ebenso wie das Apothekenprivileg wurden nicht angetastet. Auch die Privaten Krankenkassen würden in die Reform nicht einbezogen und könnten sich weiterhin die Rosinen rauspicken. Wenn die SPD kritisiert, dass die Reform vom (Fisch)kopf der Kanzlerin her stinke, hat sie zweifellos recht. Aber sie rudert doch mit ihren Flossen mit und gibt dem Murks die Mehrheit!

Schöne Ferien
Ihr Vorstandsmitglied Lars Kramm

Inhaltsverzeichnis

Editorial	1
Ausverkauf verhindern - Soziale Wohnungspolitik retten!	1
Wo unterschreiben? Wie unterstütze ich die Volksinitiative?	2
Flughafen Düsseldorf: Urteil bringt Konsequenzen für besseren Lärmschutz . 3	
Land schließt Regionalstelle "Frau und Beruf" – die Spinnen vor dem Aus!	3
Premiere: Bürgerbegehren ohne Not und ohne GRÜNE	4
Gastkommentar	5
Neue Fraktion "Die Linke, PDS, DKP und Essen steht AUF!"	5
Die Welt zu Gast bei Freund/inn/en	5
Tipps und Termine	6

Ausverkauf verhindern - Soziale Wohnungspolitik retten!

Warum die Volksinitiative gegen den Verkauf der LEG-Wohnungen unterstützt werden muss!

Die Volksinitiative „Sichere Wohnungen und Arbeitsplätze“ wendet sich gegen den von der CDU-FDP-Landesregierung geplanten Verkauf von 100.000 LEG-Wohnungen in NRW - davon etwa 2100 in Essen - sowie die Beschneidung von Mieterrechten. Der Verkauf der LEG stellt

einen weiteren Baustein in der marktradikalen unsozialen Wohnungspolitik der Landesregierung dar. Es geht insgesamt um die öffentliche Verantwortung in der Wohnungspolitik. Die CDU-FDP Landespolitik möchte aus ordnungspolitischen Gründen - nicht in erster Linie aus finanziellen

oder Haushaltsgründen - die LEG verkaufen und damit den Einfluss des Landes auf die Wohnungspolitik in NRW aufgeben. Dabei sind Wohnungsunternehmen- auch in staatlicher Hand, eine gewinnbringende Unternehmung! Aber die CDU vertraut wie die FDP blind auf den Markt und geht davon aus, dass es nicht Aufgabe des Staates sei, Wohnungen zu vermieten. Dies ist der falsche Weg! Sozialpolitisch ist diese Haltung unverantwortlich. Bei einem Verkauf der LEG drohen Mieterhöhungen und die Auflösung ge-

wachsener Nachbarschaftsstrukturen. Städtebaulich gäbe das Land ein wichtiges Instrument zur Wohnumfeldverbesserung und Stadtgestaltung aus der Hand. In Essen engagiert sich die LEG bisher ebenso wie der städtische ALLBAU entsprechend.

Warum die LEG als staatliche Wohnungsbaugesellschaft unverzichtbar ist, wollen wir auf dieser Veranstaltung diskutieren.

Veranstaltung gegen den Verkauf der LEG-Wohnungen am 28.8. (Mo) um 19.00 Uhr im Forum Kunst und Architektur am Kopstadtplatz 12 mit

- Theo Strässer (Vorsitzender des LEG-Gesamtbetriebsrats)
- Dr. Dietrich Goldmann (Vorstandsvorsitzender des ALLBAU)
- Dieter Hilser (SPD-MdL, angefragt)

Moderation: Thomas Rommelspacher (GRÜNE)

Wo unterschreiben? Wie unterstütze ich die Volksinitiative?

Am 27. Juni startete die landesweite Volksinitiative „Sichere Wohnungen und Arbeitsplätze“, die von einem breiten Bündnis aus Mieterverbänden, Mieterbeiräten, Gewerkschaften und Parteien (u. a. GRÜNE) getragen wird.

Sie wendet sich gegen den von der CDU-FDP-Landesregierung geplanten Verkauf von 100.000 LEG-Wohnungen in NRW. Das notwendige Handwerkszeug für die Sammlung von Unterschriften findet sich auf unserer Homepage oder der der Volksinitiative. Hierzu gehören:

- die Unterschriftenliste
- der Text zum Sammeln der Volksinitiative
- und die Anweisung zum Sammeln

Bitte darauf achten, dass der Text für die Volksinitiative und die Unterschriftenliste beim Sammeln von Unterschriften gemeinsam zum Unterzeichnen vorgelegt werden. Ferner ist es wichtig, dass auf einer Unterschriftenliste jeweils nur Wahlberechtigte (über 18 Jahre, deutsche Staatsbürgerschaft, 1. Wohnsitz in Essen) aus

einer Stadt - vorzugsweise Essen - unterschreiben, da die Unterschriften vom städtischen Wahlamt überprüft werden müssen. Doppelte Unterschriften werden komplett gestrichen! Die Spalte Bemerkung ist dafür freizuhalten, alle anderen Angaben sind vollständig zu erheben.

Die ausgefüllten Unterschriftenlisten bitte an **Bündnis 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Essen, Limbecker Str. 48, 45127 Essen** zurücksenden.

Inzwischen hat sich eine Essener Unterstützergemeinschaft der Volksinitiative gegründet, in der GRÜNE mitarbeiten. Sie trifft sich auf Einladung von Verdi am Mo, den 24. Juli um 19.00 Uhr in der Erasmusstraße 2b. Am 5.8. sollen an alle 2100 LEG-Wohnungen Unterschriftenlisten verteilt und Unterschriften gesammelt werden. Eine Woche darauf werden an Infoständen im Hörsterfeld und im Bergmannsfeld, wo sich die meisten LEG-Wohnungen befinden, Listen eingesammelt und weitere Unterschriften organisiert. Weitere Infos auch unter www.volksinitiative-leg.de

Joachim Drell

Flughafen Düsseldorf: Urteil bringt Konsequenzen für besseren Lärmschutz

Das Oberverwaltungsgericht in Münster hat die neue Betriebsgenehmigung für den Flughafen Düsseldorf in Teilen aufgehoben. Das heißt: Die bisherigen Begrenzungen in den Abendsstunden sind auch in Zukunft bindend. Zwischen 22-23h sind im Sommer maximal 25 Flüge und im Winter maximal 15 Flüge erlaubt. Der Angerlandvergleich mit den umliegenden Städten bleibt damit gültig.

Jede Erhöhung der Flugbewegungen führt automatisch zu einer höheren Lärmbelastung für den Essener Süden. Insbesondere der besonders störende Nachtflug stellt sich als Zumutung für die bereits heute extrem belasteten Anwohnerinnen und Anwohner rund um den Flughafen heraus und hat in den vergangenen Jahren stetig zugenommen.

Wittke hat sich mal wieder zu früh gefreut. Die neue Betriebsgenehmigung ist eindeutig nicht rechtskräftig. Das Oberverwaltungsgericht hat entschieden, dass aufgrund der Innenstadtlage des Flughafens Düsseldorf die Kapazitäten zu beschränken sind. Bereits jetzt stößt der Düsseldorfer Flughafen an seine Grenzen und der Genehmigungsminister Wittke erleidet eine weitere Bruchlandung. Deshalb fordern wir die Landesregierung als Genehmigungsbehörde auf, die seit November gültige Betriebsgenehmigung aufzuheben und die bereits vom Oberverwaltungsgericht Münster bestätigte Betriebsgenehmigung vom September wieder in Kraft zu setzen. Einen entsprechenden Antrag der GRÜNEN Landtagsfraktion im Dezember war gescheitert.

Kai Gehring/ Heribert Rüsing

Land schließt Regionalstelle "Frau und Beruf" – die Spinnen vor dem Aus!

Ein Verlust für Essen: das NRW-Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration in Düsseldorf hat die Schließung sämtlicher Regionalstellen "Frau und Beruf" zum 31.12.2006 beschlossen. Das bedeutet das Aus für die Beratungsstelle der SPINNEN e.V. in Altenessen. Dazu erklärt Christine Müller-Hechfellner, sozialpolitische Sprecherin der GRÜNEN Ratsfraktion: "Auf nicht einmal drei Seiten hat das Ministerium das Aus aller Regionalstellen 'Frau und Beruf' per Fax mitgeteilt - auch der in Essen. Dieses Vorgehen ist ein Skandal! Nicht nur, dass er seine eigenen Zusagen über den Haufen wirft, er versucht dies auch noch sang- und klanglos im Windschatten der beginnenden Ferien zu tun."

Ursprünglich hatte Minister Laschet angekündigt, die Zahl der Regionalstellen reduzieren zu wollen; er wollte nach den Ferien ein entsprechendes Konzept vorlegen. Schon das wäre ein Schritt in die falsche Richtung gewesen. Nun

aber streicht er die gesamten Mittel mit dem lapidaren Hinweis, die vorhandene Infra- und Förderstruktur reiche aus, die Regionalstellen hätten also ihre Schuldigkeit getan und seien insofern überflüssig. Doch das Gegenteil ist der Fall - die Arbeit ist nicht zu Ende, stellen die GRÜNEN fest.

Mit seiner Begründung stellt sich der zuständige Minister gegen die gesellschaftliche Wirklichkeit, denn noch immer werden Frauen im Berufsleben benachteiligt und ist für sie der Einstieg in das Berufsleben sowie die Rückkehr nach der Familienphase ungleich schwerer als für Männer. Deshalb ist der Verlust der Essener Regionalstelle umso schmerzlicher. „Diese Politik der Landesregierung bedeutet im Klartext: Frauen zurück an den Herd!“ so Christine Müller-Hechfellner. Der Verweis auf die STARTCENTER NRW der Gründungsoffensive GO! ist überdies zu kurz gegriffen, da die Regionalstellen – neben der Existenzgründungsberatung – auch Berufswahlorientierung, beruflicher Wiedereinstieg sowie regionale Strukturpolitik im Auge

haben. GRÜNE Frauen planen im Herbst dazu eine Veranstaltung. Die SPINNEN sammeln

Unterschriften auf ihrer Homepage.
www.diespinnen.de

Joachim Drell

Premiere: Bürgerbegehren ohne Not und ohne GRÜNE

Bisher waren GRÜNE federführend an allen drei Bürgerbegehren in Essen beteiligt: Gegen den Verkauf der Allbau-Wohnungsbaugesellschaft, für den Erhalt der Bäder und für die Sanierung des Saalbaus statt eines SPD-Philharmonie-Neubaus.

Das neue Bürgerbegehren gegen jegliche Privatisierung städtischen Eigentums lehnen wir dagegen ab. Dabei ist der Kern des Bürgerbegehrens nicht vollkommen abwegig. Ängste vor Privatisierungen sind nicht unberechtigt, nur dass in Bezug auf das städtische Eigentum keine Privatisierung geplant ist. Sympathisch kommt auch die Formulierung daher, man wolle die für die Daseinsvorsorge wichtigen Bereiche im städtischen Besitz erhalten. Dem könnten sich ja GRÜNE durchaus anschließen, wenn man ein gleiches Verständnis von Daseinsvorsorge hätte!

Ist Tafelsilber zur Daseinsvorsorge erforderlich?

DKP, PDS und Verdi fassen in ihrem Bürgerbegehren die Daseinsvorsorge so weit, dass sie das bestehende Geflecht von 62 städtischen Beteiligungsgesellschaften erhalten wollen. Dazu versteigen sie sich auch noch dazu, dies allgemein als erhaltenswertes Tafelsilber zu bezeichnen. Im allgemeinen Verständnis ist Tafelsilber ein Luxus, der angesichts von Not besser veräußert werden sollte. Dem Bürgerbegehren ist die Haushaltsnot der Stadt jedoch egal. Sie wird ignoriert! GRÜNE sind im Gegensatz zu den Betreibern des Bürgerbegehrens dafür Tafelsilber wie die RWE-Aktien im Stadtbesitz zum richtigen Zeitpunkt zu verkaufen. GRÜNE sind dafür, dass das Kochgeschirr der Stadt erhalten bleibt (Allbau, EVAG, Stadtwerke u. a.). Angesichts der Verschuldung der Stadt ein Unterfangen, das schwer genug ist. Gerade deshalb ist es GRÜNEN wichtig, im Randbereich der 62 städtischen Gesellschaften ggf. auch die Freiheit für Umstrukturierungen und Verkäufe zu haben.

Außerdem haben es GRÜNE immer unterstützt, Bäder und Sportanlagen entsprechenden Vereinen zur Nutzung zu übertragen. Dies war und ist ein richtiger Weg, der dazu beigetragen hat, viele Bäder zu erhalten (Hauptbad, Friedrichsbad u. a.). GRÜNE sehen keinen Grund, von diesem erfolgreichen Weg abzugehen, der zudem ein guter Schritt in Richtung Selbstverwaltung war.

Wenn das künftig nicht mehr möglich sein soll, drohen als Alternative Schließungen. Was wird aus den Schulen, die angesichts sinkender Schülerzahlen nicht mehr benötigt werden? Darf die Stadt die Grundstücke und Gebäude noch verkaufen oder sind es „maßgebliche Vermögensanteile zur Daseinsvorsorge“, die die Stadt nach Meinung der Initiatoren des Bürgerbegehrens nicht verkaufen darf? Eine Frage, die Juristen wie immer unterschiedlich beantworten können.

Bürgerbegehren ohne Anlass

Bei genauer Betrachtung zeigt sich, dass das Bürgerbegehren weit über vernünftige Ziele hinauschießt. Es ist gerade so angelegt, dass alle Bereiche in einer entsprechenden Aufzählung genannt werden, um jeden Unmut und Protest mitnehmen zu können. So spricht man auch vom Energiebereich als einer erhaltenswerten Sparte, obwohl die Stadt weder Strom noch Solarwärme erzeugt, weder Windkraftanlagen noch Blockheizkraftwerke besitzt, weil man ggf. den nicht unberechtigten Unmut über steigende Energiepreise nutzen will. Im Besitz der Stadt sind dagegen 51% der Stadtwerke, die u. a. für die Gasversorgung zuständig sind. Hier ist jedoch keine weitere Privatisierung geplant.

Mit anderen Worten, das Bürgerbegehren erzeugt Stimmung, wie kein konkreter Anlass fehlt. Neun Monate haben die Initiatoren des Bürgerbegehrens überlegt, was sie für ihr Bürgerbegehren thematisieren können. Da auch Dank GRÜNER Intervention weder der Verkauf der Allbaugesellschaft noch anderer nennenswerter städtischer Gesellschaften ansteht, versucht man einfach alles zu unterbin-

den. Dies spricht stark dafür, dass sich die Initiatoren des Bürgerbegehrens eher selbst ins Ge-

spräch bringen wollen, als für einen Problemdruck, der jetzt zum Bürgerbegehren zwingt.

Joachim Drell

Gastkommentar

Neue Fraktion "Die Linke, PDS, DKP und Essen steht AUF!"

Es weht frischer Wind im Rathaus, aber bei der sommerlichen Schwüle merkt das nicht jeder. Vielleicht ist das Lüftchen auch zu lau, das die Vereinigung von AUF (MLPD-Ableger), DKP und PDS/Linkspartei erzeugt. Die VertreterInnen dieser Gruppen bilden jedenfalls künftig im Stadtrat eine gemeinsame Fraktion. Der Name dieser Neuen Fraktion entspricht dem Stand der Vereinheitlichung: sie heißt "Die Linke, PDS, DKP und Essen steht AUF!" Kurzform: DLDP+EsA? Mit dem wortgewaltigen Namen stellt man jedenfalls alles andere bisher Bekannte in den Schatten. Alle Entscheidungen der neuen Gruppe werden im Konsens gefällt (einstimmig), so tut man sich nicht gegenseitig weh.

Vieles spricht dafür, dass die Verlockung des Fraktionsstatus mit seinen materiellen Vorteilen Motor dieses Bündnisses ist. Einig sind sie sich, dass „CDU, SPD, GRÜNE und FDP nur unterschiedliche Varianten einer Politik des Sozialabbaus vertreten“, weshalb man eine wirkungsvolle Oppositionspolitik gegenüber der Schwarz-Grünen Mehrheit in Essen entfalten möchte. Bleibt abzuwarten, wie lange dieses gemeinsame Feindbild trägt. Das „differenzierte Weltbild“ der neuen Fraktion schafft es, alle anderen in einen Sack zu stecken. Einfach und bequem für die Guten, die alles richtig machen, weil sie im Zweifelsfall mangels eigener Verantwortung immer Nein oder mangels Konsens gar nichts sagen können. Kandidiert die WASG nicht gerade deshalb in Berlin und Mecklenburg gegen die dortige PDS, weil sie der PDS vorwirft, Sozialabbau zu betreiben oder in Dresden den Ausverkauf bei städtischen Wohnungen zugestimmt hat? Aber wer will schon zu scharfsinnig sein, wenn es darum geht, Gemeinsames herauszustreichen und Trennendes unter den Teppich zu kehren. Vereinfachung ist Trumpf in einer komplizierten Welt. Sonst müsste die neue Fraktion ja die PDS mit in den großen Sack stecken, und das würde ja die ganze Konstruktion ad Absurdum führen. Bleibt abzuwarten, was in diesem Bündnis stärker sein wird, der sozialdemokratische Pragmatismus der PDS oder die letzten Reste der orthodoxen K-Gruppen von MLPD und DKP? Wichtige Streitpunkte für diese Gruppierungen sind seit langem gegenstandslos. Man muss sich nicht mehr darüber auseinandersetzen, ob der richtige Sozialismus in der DDR oder in China herrscht oder ob überall die neuen roten Zaren das Zepter in der Hand halten. Obwohl - gibt es da nicht noch Cuba oder gar Nordkorea als ein letztes mögliches Bollwerk für ein rotes Vaterland?

Maria Magdalena, Expertin für übersinnliche Erscheinungen und K-Gruppen

Die Welt zu Gast bei Freund/inn/en

"Eine wunderbare WM, tolle Spiele und eine wunderschöne Atmosphäre", lobte die Bundesvorsitzende Claudia Roth. Besonderen Dank verdient neben den Organisatoren auch die Polizei, deren Deeskalationskurs sich bewährt habe. Dem Lob kann man sich nur anschließen, auf der anderen Seite müsse man aber auch sagen, dass das spielerische Niveau der WM

nicht dem organisatorischen entsprochen hat. In spielerischer Hinsicht ist es nicht die beste Weltmeisterschaft gewesen. Apropos spielerisches Niveau großes Lob verdient auch die Kanzlerin mit ihrer Truppe, die es geschafft hat die Ablenkung zu nutzen und nicht nur ein unzureichendes Föderalismusreförmchen zu beschließen sondern auch noch eine Gesundheitsreform zu Basteln mit der

Kreisverband Essen

keiner zufrieden ist. Die Kunst lag darin die Nachteile der Kopfpauschale und die der Bürgerversicherung so zu verbinden das der Eine nicht unzufriedener ist als der Andere.

Bei der „Reform“ versäumt die Große Koalition den dringend notwendigen Strukturwandel im Gesundheitssystem. Für die Bürgerinnen und Bürger wird es teurer, die Privaten Krankenkassen könnten sich weiter aus der solidarischen Finanzierung heraus stellen und Wettbewerbsverzerrung und Sonderregeln zugunsten der Gesundheitslobby bleiben weitgehend bestehen.

Andere positive Dinge bei dieser WM wurde dagegen noch weniger beleuchtet so hat die FIFA-Mafia es doch tatsächlich geschafft in unseren überbürokratisierten und unflexiblen Rechtsstaat wichtige deutsche Gesetze, wie zum Beispiel die über Visaerteilungen und das Zahlen von Steuern, außer Kraft zusetzen ohne, dass es einen Parteienstreit oder eine Bildschlagzeile dazu gab. Dieser Sachverhalt wird hierzulande allenfalls in Kabarettprogrammen gewürdigt. Dass der Europäischen Union eine Expertise vorliegt, die den europäischen Fußball in Gefahr sieht, in kriminelle Hände von dubio-

sen Spieleragenten und großen Geldwäschern zu fallen, das passt nicht in die patriotismusbesoffene deutsche Landschaft.

Apropos Patriotismus wenigsten wissen wir jetzt, dass es einen entkrampften guten Patriotismus gibt

und wie "wir" fühlen und wie "wir" sind, nämlich gutgelaunt und optimistisch und insgesamt durch und durch weltmeisterlich. Schön ist jedenfalls das unsere „braunen Freunde“ durch die gute Stimmung und wehenden Fahnen so überrascht worden sind, dass sie gar nicht in Aktion getreten sind! Wenn das deren Reaktion auf das schwarz-rot-goldene Fahnenmeer ist, dann aber mal ran ich denke es gibt tausende Fahnen jetzt stark reduziert.

Trotzdem tat es unserer Republik durchaus gut, mal wieder von fremden Menschenmassen "überschwemmt" zu werden. Das Straßenbild hat sich internationalisiert, die Atmosphäre

wunderbar. Jetzt bin ich ja nur noch gespannt ob die Stimmung bei der Fußballweltmeisterschaft 2011 auch so gut sein wird. Nein, dass ist kein Schreibfehler da wird wahrscheinlich wieder die Fußballweltmeisterschaft in Deutschland sein und zwar der Frauen und die sind nicht nur WeltmeisterInnen der Herzen.

Lars Kramm



Tipps und Termine

Ruhr-CSD

Am 12.8. startet ab 12.00 Uhr auf dem Kennedyplatz erneut ein großes Straßenfest zum Christopher-Street-Day, um für gleiche Rechte für Schwule und Lesben zu werben. Das Straßenfest dauert bis tief in die Nacht. Viel Unterhaltung, Politik und zahlreiche Informationsstände begleiten das Fest. Für die GRÜNEN mit dabei ist unser neuer Landesvorstandssprecher Arndt Klocke.

UN-Millennium-Gates

„Die Millenniums-Entwicklungsziele werden nicht bei den UN erreicht. Sie müssen in jedem einzelnen Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen durch die gemeinsamen Anstrengungen der Regierungen und Menschen verwirklicht werden.“

Kofi Annan, UN-Generalsekretär:

Unter dem Motto „Die Millenniumsziele in der Stadt Essen“ präsentiert das Eine Welt Forum Essen vom **2. bis zum 10. September 2006** die UN-Millennium-Gates auf dem Willy- Brandt- Platz vor dem Hauptbahnhof.

Neben der Präsentation der sog. UN-Gates auf dem Willy-Brandt-Platz vom 2. bis zum 10. September wird es eine Reihe von Aktionen und Veranstaltungen sowohl rund um die Gates als auch in den folgenden Wochen in verschiedenen Institutionen geben. Neben der Universität Duisburg Essen und der VHS Essen beteiligen sich weitere Gruppen und Institutionen an diesem Vorhaben.

Derzeit wird noch nach engagierten und interessierten Menschen gesucht, die die Gates-Präsentation zu einem lebendigen und bunten Ereignis werden lassen.

Die an einer Teilnahme interessierten Gruppen wenden sich bitte an die Projektkoordinatorin Angela Schmitz, 0201- 747988-30. Weitere Informationen finden Sie unter www.eineweltforumessen.de oder www.millenniumcampaign.de/millennium-gates.de

Jedes der acht Gates - oder Tore – steht für ein Millenniumsentwicklungsziel

1. Beseitigung extremer Armut
2. Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung
3. Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und stärkeren Beteiligung von Frauen
4. Senkung der Kindersterblichkeit
5. Verbesserung der Gesundheit von Müttern
6. Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten
7. Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit
8. Aufbau einer weltweiten Partnerschaft

Termine für Grüne

WANN	WO	WAS
24.7. Mo 19.00	Erasmusstr.2b	Volksinitiative gegen den LEG-Verkauf trifft sich in der Bergmannshütte
27.7. Do 19.00	Altenessen	„BI Stoppt A52“, Hövelstr. 73, ev. Kirchengemeinde
30.7. So 14.00	Steele	Radtour mit den GRÜNEN durch Steele fällt aus
2.8. Mi 19.00	Frohnhausen	GRÜNER Stammtisch der GRÜNEN Essen-West im „jetzt&hier“ Lüneburger Str. 40
6.8. So 9.30	Willy-Brandt-Platz	Baggerseetour nach Angermund, Radtour der EFI, 75 km, 2. Treff 10.00 Uhr Grugahalle - Vorplatz
8.8. Di 20.15	Limbecker Str. 48	AK Verkehr der GRÜNEN
9.8. Mi 20.00	Rüttenscheid	GRÜNER Stammtisch Rüttenscheid im Cafe Cult, Giradetzentrum
12.8. Sa 12.00 -22.00	Kennedyplatz/ City	Ruhr-CSD in Essen - Christopher Street-Day!
13.8. So 9.30	Willy-Brandt-Platz	Auf den Spuren von Zollverein, Radtour der EFI 45 km
14.8. Mo 20.00	Wasserturm	Stammtisch der GRÜNEN Stadtmitte/Huttrop Gaststätte Michelshof, Steubenstr. 61

Kreisverband Essen

9.8.	Mi	20.00	Steele	Steeler Treff der GRÜNEN im Grend, Westfahlenstr. 298 (vorverlegt vom 16.8.)
17.8.	Do		Kennedyplatz	Tag der älteren Generation (Veranstalter Seniorenbeirat)
21.8.	Mo	19.30	Zeche Carl	Stammtisch der GRÜNEN Nord
25.8.	Fr	19.30	Ruhrhalbinsel	GRÜNER Stammtisch Ruhrhalbinsel, Gaststätte Dyonisos, Heisinger Str. 393
28.8.	Mo	19.00	Kopstadtplatz 12	Veranstaltung gegen den Verkauf der LEG-Wohnungen mit dem LEG-Betriebsrat Theo Strässer u.a. im Forum Kunst und Architektur Veranstalter Volksinitiative und GRÜNE

Impressum Newsletter
BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Essen
Limbecker Str. 48-50 in 45127 Essen
Tel.: 24764-33
Email: Kreisverband@gruene-essen.de
V.i.S.d.P. und Redaktion: F. Yaldiz/ J. Drell